

Aus: [Ausgabe vom 22.05.2017](#), Seite 1 / Titel

Überleben auf Pump

Hartz-IV-Bezieher sind auf Darlehen der Jobcenter angewiesen, weil Regelsatz nicht zum Leben reicht

Von Simon Zeise



Effiziente Behörde zur Unterdrückung der Lohnabhängigen. Hier ein Jobcenter in Köln-Süd

Foto: picture alliance/Geisler-Fotopress

Es reicht nicht bis zum Monatsende. Viele Hartz-IV-Bezieher kommen mit dem bisschen Geld, das sie vom Amt bekommen, nicht über die Runden. Um einen Kühlschrank, eine Waschmaschine oder Kleidung kaufen zu können, müssen zunehmend mehr Erwerbslose zinslose Kredite bei den Jobcentern aufnehmen. Im vergangenen Jahr waren es durchschnittlich 15.289 pro Monat, denen ein Darlehen gewährt wurde, um einen »unabweisbaren Bedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts« zu decken.

2007 waren es noch 11.521 Personen. Das geht aus Zahlen der Bundesagentur für Arbeit hervor, die die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Sabine Zimmermann, angefordert hatte. Das zinslose Darlehen wird für absolut notwendige Anschaffungen gewährt, die die Betroffenen nicht aus eigener Kraft bezahlen können. Laut

Bundesagentur für Arbeit lag der durchschnittliche Darlehensbetrag 2016 bei 434 Euro. 2007 waren es noch 233 Euro.

Zur Tilgung des Kredits müssen die Erwerbslosen monatlich zehn Prozent ihrer erhaltenen Sozialleistungen abtreten. Zimmermann sagte am Sonntag gegenüber *jW*: »Hartz-IV-Bezieher werden gezielt in Armut gehalten.« Es werde deutlich, dass der Regelsatz von derzeit 409 Euro viel zu niedrig sei. »Zuwenig für ein würdevolles Leben.« Die Linke und Sozialverbände fordern kurzfristig eine Erhöhung auf 560 Euro. Die Statistik belege, dass die Armut in Deutschland zunehme. »Nicht nur bei denjenigen, die im Hartz-IV-System gefangen sind, sondern auch bei denen, die an der Hartz-IV-Grenze arbeiten und dort einen Lohn erhalten, von dem sie nicht leben können, und aufstocken müssen«, so Zimmermann. Das seien weitere 1,2 Millionen Menschen. Die Bundesregierung schaue dabei einfach weg. Sie habe den Regelsatz willkürlich kleingerechnet.

Ausbrechen aus dem Sanktionsregime können nur wenige. Am Samstag berichtete die *Saarbrücker Zeitung* mit Verweis auf Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums, von 121.000 Hartz-IV-Beziehern seien 2016 Klagen vor Sozialgerichten »abschließend entschieden« worden. Allerdings hätten nur 40 Prozent der Kläger Recht bekommen. Gegen Sanktionen der Jobvermittler konnten sich demnach 38,4 Prozent vor Gericht behaupten. Bei Streitfällen über die Kosten für Unterkunft und Heizung seien es 42,8 Prozent gewesen.

In Hamburg hat sich am 18. Mai eine Frau erfolgreich gewehrt. Vor dem Landessozialgericht wurde sie aus der Kreditknechtschaft des Jobcenters entlassen. Sie sollte seit zwei Jahren monatlich zehn Prozent (38,20 Euro) ihrer »Stütze« abtreten, um die Kautions für ihre Wohnung in Höhe von 1.200 Euro abzustottern, die ihr vom Amt vorgestreckt worden war. Erst nach 30 Monaten wäre die Darlehensschuld getilgt gewesen. Das Urteil in der ersten Instanz vor dem Sozialgericht war noch zugunsten der Armutsbehörde ausgegangen. Doch am Donnerstag kritisierten die Hamburger Richter der höheren Instanz, die Frau habe wegen ihrer psychischen und körperlichen Beschwerden keine Chance gehabt, einen Job zu finden. Der Grad der Behinderung sei zwischenzeitlich auf 100 angehoben worden. Doch das Jobcenter habe nicht einmal geprüft, ob ihr die Mietkaution nicht in anderer Weise hätte gewährt werden können, beispielsweise als Zuschuss. Alternativen habe die Behörde »nicht einmal erwogen«.

weiterer, dazu passender Artikel:

Aus: [Ausgabe vom 22.05.2017](#), Seite 4 / Inland

McKinsey instruiert Abschiebebehörde

Frankfurt am Main: »No-G-20-Bündnis« verleiht Negativpreis an Beratungskonzern

Von Gitta Düperthal

In Hamburg will die Polizei wegen der angekündigten Proteste gegen den G-20-Gipfel für die Zeit vom 7. und 8. Juli ganze Straßenzüge als vermeintliche Gefahrenzonen ausweisen. Das »No-G-20-Bündnis« in der Rhein-Main-Region hat im Gegenzug damit begonnen, aus seiner Sicht »rote Zonen« zu markieren.

Am Dienstag will das Bündnis nun in Frankfurt am Main das Beratungsunternehmen McKinsey mit dem Titel »Goldener Schreibtischtäter im Abschiebebusiness« auszeichnen. Das kündigte Magnus Altenfeld, Sprecher des Bündnisses, an. Geplant ist ein »feierlicher Umzug ins Bankenviertel« der Mainmetropole, der die Verleihung des Negativpreises folgen soll.



Die Behörden schieben ab – und McKinsey berät sie
Foto: Ralf Hirschberger/dpa-Zentralbild/dpa

Im Aufruf des Bündnisses zu der Aktion heißt es, McKinsey sei bundesweit für die »Optimierung« des »Abschiebengeschäfts« zuständig. Die Firma – in der Regel mit der Ausarbeitung von Strategien für Stellenabbau und Massenentlassungen in Großbetrieben befasst – hat für 1,8 Millionen Euro eine Studie im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erstellt, in der u. a. Maßnahmen zur besseren Durchsetzung der »freiwilligen« Ausreise von Flüchtlingen vorgeschlagen werden. Damit vermeide man Widerstand und öffentliche Proteste, rabiante Polizeieinsätze würden überflüssig, so die Absicht dahinter. Zudem werde zur Errichtung weiterer Abschiebeknäste geraten und die Wiedereinführung von Sachleistungen anstelle von Geld für Geflüchtete empfohlen.

Effizienz auf Kosten von Menschen sei »schon lange McKinseys Leitmotiv«, schreiben die Initiatoren der Aktion in ihrem Aufruf. Sie verweisen darauf, dass die Firma bereits maßgeblich an Planung, Vorbereitung und Umsetzung von »Agenda 2010« und Hartz IV beteiligt war und die Ausweitung von prekärer und mies entlohnter Beschäftigung vorangetrieben hat. McKinsey sei der CDU-SPD-Bundesregierung bereits seit längerem auch bei der Erhöhung der Zahl »freiwilliger Ausreisen« behilflich gewesen. Die Unternehmensberatung empfehle dem BAMF, die Geflüchteten von der »Sinnlosigkeit ihrer Asylanträge« zu überzeugen. Bundesweit wurden 2016 insgesamt fast 24.000 Abschiebeflüge durchgeführt, rund 55.000 Menschen wurde die »freiwillige« Rückreise finanziert.

In einer ersten Aktion hatten Aktive des unter anderem aus gewerkschaftlichen und linksradikalen Gruppen sowie antirassistischen Initiativen zusammengesetzten Bündnisses am 9. Mai aus Protest gegen die verschärfte Abschiebepolitik der Landesregierung von CDU und Grünen die Landesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen besetzt. Diese würden zwar in Landtagsdebatten Abschiebungen in eine Krisenregion wie Afghanistan als »schwer erträglich« bezeichnen, sie dann aber als Teil der Regierung mittragen.

Vor dem Hamburger Gipfel sind in der Rhein-Main-Region weitere Proteste dieser Art geplant, die jeweils kurzfristig angekündigt werden. Am 10. Juni findet zudem vor dem Gebäude der Europäischen Zentralbank die zweite regionale Aktionskonferenz zur Vorbereitung der Proteste in Hamburg statt. Die erste hatte es am 5. März gegeben.

Feierlicher Umzug zu »Ehren« von McKinsey: 23. Mai, 16 Uhr, Konstablerwache;
Preisverleihung gegen 17 Uhr, Taunustor 2 im Bankenviertel
www.rhein-main.g20hamburg.org